

## Ideen und Erfolge staatlicher Merkantilpolitik im Deutschland des 17. und 18. Jahrhunderts<sup>#</sup>

*Toni Pierenkemper\**

Der Merkantilismus, ein Hauptgegenstand der älteren dogmenhistorischen Literatur<sup>1</sup>, lässt sich inhaltlich nur schwer definieren. Der Begriff bezeichnet weder ein historisches Wirtschaftssystem, noch eine einheitliche zeitgenössische Wirtschaftstheorie.<sup>2</sup> Es handelt sich vielmehr um ein retrospektives Konstrukt der ökonomischen Dogmengeschichtsschreibung, die ihren Ausgangspunkt in der Kritik Adam Smiths am „mercantile system“<sup>3</sup> seiner Zeit fand. *Merkantilismus* ist zunächst eine Sammelbezeichnung für die ökonomischen Ideen und Vorstellungen des 17. und frühen 18. Jahrhunderts. Allerdings zeichnet sich das ökonomische Denken dieser Zeit durch eine außerordentliche Vielfalt und Unterschiedlichkeit aus. Auch entstanden unterscheidbare nationale „Schulen“, die, selbst wiederum uneinheitlich, starken Veränderungen unterlagen.<sup>4</sup> Zu Recht wurden den spezifischen nationalen Ausprägungen sogar unterschiedliche Bezeichnungen verliehen.

So lagen den Ideen des *Merkantilismus* in Großbritannien spezifische Vorstellungen über eine Handelsbilanztheorie, des Reichtums und über einen Exportmonopolismus mit Devisenrestriktionen zugrunde.<sup>5</sup> In jedem Fall richtete sich der merkantilistische Fokus auf der britischen Insel auf die Außenwirtschaft. In Frankreich dagegen stützte sich die dekretierte Wirtschaftstheorie und die praktische politische Administration auf die Ideen von Jean-Baptiste Colbert (1619-1683) und wurde daher später *Colbertismus* genannt.<sup>6</sup> Hier sollte vor allem interne Gewerbeförderung den Außenhandel verstärken. Wieder anders stellte sich die Lage in den deutschen Territorien dar. Insbesondere im Habsburgerreich, aber auch an anderen deutschen Fürstenhöfen wurden sehr unterschiedliche Maßnahmen zur Bevölkerungssteigerung („Peuplisierung“) und Gewerbeförderung empfohlen. Da die Maßnahmen zumeist nur mit Hilfe staatlicher Fonds finanziert werden konnten, gab man

<sup>#</sup> Text tvoří první část studie, která je otištěna též: [http://www.wiso.uni-koeln.de/wigesch/inhalt/CEHistPaper/CEHP\\_01-2007\\_Pierenkemper-Friederizianischer-Merkantilismus.pdf](http://www.wiso.uni-koeln.de/wigesch/inhalt/CEHistPaper/CEHP_01-2007_Pierenkemper-Friederizianischer-Merkantilismus.pdf).

\* Prof. Dr. Toni Pierenkemper; Seminar für Wirtschafts- und Sozialgeschichte, Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät, Universität zu Köln, ([pierenkemper@wiso.uni-koeln.de](mailto:pierenkemper@wiso.uni-koeln.de)).

1 Aus der Fülle der Literatur die klassische Studie von Heckscher, E. F. (1931): *Mercantilism*. London, 1931; sowie ders., *Mercantilism*. London, 1936/37. Ein deutschsprachiger Überblick bei Blaich, F. (1973): *Die Epoche des Merkantilismus*. Wiesbaden, 1973.

2 Vgl. Mikl-Horke, G. (1999): *Historische Soziologie der Wirtschaft: Wirtschaft und Wirtschaftsdenken in Geschichte und Gegenwart*. München, 1999, S. 285–293.

3 Smith, A. (1974): *Der Wohlstand der Nationen. Buch 2/3: Kapitalausrüstung und Wachstum des Wohlstands*, S. 347–559. Adam Smith führt den Begriff zwar in die wissenschaftliche Diskussion ein, bezieht sich aber auf Mirabeau, vgl. Pribram, K. (1992): *Geschichte des ökonomischen Denkens*. Frankfurt a. M., 1992, S. 81f.

4 Zu den unterschiedlichen Richtungen vgl. Pribram, K. (1992): *Geschichte*, S. 81f.

5 Wegen des besonderen Fokus auf die Bedeutung des Edelmetallbestandes wurden die englischen Vertreter des frühen Merkantilismus auch „Bullionisten“ bzw. diese Denkrichtung als „Bullionismus“ bezeichnet. Vgl. dazu Pribram, K. (1992): *Geschichte*, S. 93–108 und Klein, E. (1973): *Die englischen Wirtschaftstheoretiker des 17. Jahrhunderts*. Darmstadt, 1973.

6 Vgl. Pribram, K. (1992): *Geschichte*, S. 108–118.

dieser Denkrichtung später den Namen *Kameralismus*<sup>7</sup>, da die fürstlichen Kammern diese Politik zu tragen hatten.

Gerade in der Habsburger Monarchie trugen im 17. Jahrhundert eine Reihe von Denkern<sup>8</sup> zur Herausbildung einer spezifischen Form des *österreichischen Merkantilismus* bei. Wichtige Voraussetzungen wurden durch den großen österreichischen Staatsökonom Johann Joachim Becher (1635-1682)<sup>9</sup> geschaffen, auf dessen Initiative 1666 u.a. das Wiener Kommerzienkollegium errichtet wurde. Auch ließ Becher 1671 in Wien ein Zucht- und Werkhaus errichten. Die Gründung von Manufakturen statt derartiger Zwangseinrichtungen erwies sich hingegen als weitaus schwieriger. So konnte die geplante Errichtung eines als Vorbild gedachten Manufakturhauses 1776 nicht gegen den Widerstand der örtlichen Gewerbetreibenden durchgesetzt werden.<sup>10</sup> Philipp Wilhelm von Hörnigk<sup>11</sup> (1638-1712) trat noch nachdrücklicher als Becher für staatliche Initiativen im Rahmen der Gewerbeförderung ein. Er propagierte insbesondere das Verlagswesen als Instrument der Förderung der Gewerbeproduktion, allerdings mit mäßigem Erfolg auf die Wirtschaftslage in den habsburgischen Ländern im 17. Jahrhundert.

Die habsburgische Wirtschaftspolitik sah sich durch die politischen, militärischen und finanziellen Schwierigkeiten der Monarchie mehr und mehr auf den Weg einer merkantilistischen Staatswirtschaft gedrängt. Das Hauptgewicht der Bemühungen des Staates lag zweifellos auf der Handels- und weniger auf der Gewerbepolitik.<sup>12</sup> Die Förderung des Exports und die Erschwerung ausländischer Wareneinfuhren bildeten die wesentlichen Empfehlungen „guter Polizey“, d.h. ordentlicher Politik. Die Herabsetzung von Ausfuhrzöllen, der Ausbau der Handelswege und die Gründung von Handelskompanien galten als probate Mittel, wobei die einzelnen Maßnahmen eher unsystematisch, der „jeweiligen Situation und Auffassung der leitenden Kreise“<sup>13</sup> empfohlen und wirtschaftspolitisch angewendet wurden. Der Handelsvertrag Habsburgs mit der Hohen Pforte (1718) sollte den österreichischen Waren den Weg in den Orient öffnen. Darüber hinaus kam es zu zahlreichen Fabrikgründungen, die sich jedoch selten als langfristig lebensfähig erwiesen.<sup>14</sup> Der Grund waren neben den wenig zukunftsträchtigen Produktionsbereichen und Produkten vor allem die staatlich gewährten Privilegien (Steuerfreiheit, Staatszuschüsse, Befreiung von Einquartierungen), deren Fortfall sofort die Konkurrenzfähigkeit dieser Einrichtungen gefährdete. Dem konnten auch die Merkantildeputationen und Kommerzkollegien nicht

7 Ders., S. 181–193.

8 Vgl. Dittrich, E. (1974): *Die deutschen und österreichischen Kameralisten*. Darmstadt, 1974 und Sommer, L. (1920/1925): *Die österreichischen Kameralisten*. Wien, 1920/1925.

9 Vgl. Starbatty, J. (1990): *Johann Joachim Becher: ein merkantilistischer Klassiker*. Tübingen, 1990, S. 70ff. und Hassinger, H. (1951): *Johann Joachim Becher: 1635–1682. Ein Beitrag zur Geschichte d. Merkantilismus*. Wien, 1951.

10 Adler, M. (1903): Die Anfänge der merkantilistischen Gewerbepolitik in Österreich. Wien, 1903, S. 32–36.

11 Vgl. Matis, H. (1997): *Philipp Wilhelm von Hörnigk: Leben, Werk und ökonomisches Umfeld*. Düsseldorf, 1997, S. 67–135 und Streissler, E. W., Streissler, M. (1997): *Philipp Wilhelm von Hörnigk und die wirtschaftstheoretischen und -politischen Vorstellungen des Kameralismus*. Düsseldorf, 1997, S. 139ff.

12 Neben den Arbeiten Bechers, insbesondere seinem „Politischen Diskurs: Von den eigentlichen Ursachen des Auf- und Abnehmens der Städte, Länder und Republiken“ aus dem Jahre 1668 sowie dem Werk Hörnigks „Österreich über Alles, wann es nur will“ von 1684, sind als wichtige Werke der zeitgenössischen merkantilistischen Literatur zu nennen: Von Senckendorff, V. L. von (1656): *Teutscher Fürsten-Staat*. 1656 und Schröder, W. von (1686): *Fürstliche Rent- und Schatzkammer*. 1686. Vgl. zu diesen Arbeiten Mikl-Horke, G. (1999): *Historische Soziologie*, S. 291–293 und Dittrich, E. (1974): *Die deutschen und österreichischen Kameralisten*.

13 Mikl-Horke, G. (1999): *Historische Soziologie*, S. 52; vgl. auch Pribram, K. (1907): *Geschichte der österreichischen Gewerbepolitik von 1740 bis 1860. Auf Grund der Akten, Bd. 1: 1740–1798*. Leipzig, 1907, S. VII, der ebenfalls feststellt, dass auch die Gewerbepolitik keinem integrierten Konzept folgte, sondern sich „in zahllosen einzelnen Entscheidungen und Verfügungen“ verzettelte.

14 Adler, M. (1903): *Anfänge*, S. 57ff., berichtet von der Gründung einer Papierfabrik, einer Wollstrumpffabrik, einer Weinkörner-Ölfabrik, einer Maschinen- und Instrumentefabrik, einer Strumpfwirkfabrik, einer Seidenmanufaktur und einer Porzellanfabrik sowie von einer Kerzenfabrik in Fiume und einer Fabrik für Stricke und Taue.

hinreichend entgegenwirken, die 1714 an die Stelle der in den einzelnen Habsburger Ländern gegründeten Kommerz-Deputationen traten.<sup>15</sup> Karl Pribram schlussfolgert, dass der Versuch zur Schaffung einer wie auch immer gearteten Großindustrie zwischen 1740 und 1763 schlichtweg scheiterte.<sup>16</sup>

Merkantilistische Ideen fanden ebenso in der Politik preußischer Herrscher ihren Niederschlag. Doch auch in Preußen bildete sich kein konsistentes System der Handels- und Gewerbepolitik heraus und blieben die entsprechenden Maßnahmen sowohl von den jeweils herrschenden Verhältnissen als auch den Anschauungen der Regenten entscheidend abhängig.<sup>17</sup> Im Absolutismus des 17. Jahrhunderts entwickelte sich Preußen zu einem zentralistischen Militär- und Beamtenstaat.<sup>18</sup> Es entstand eine „Staatswirtschaft“, in der wirtschaftliche und politische Maßnahmen ineinander verwoben waren, weil die Wirtschaft sich noch nicht vom Staat emanzipieren konnte, noch nicht „liberal“ verfasst war. Der preußische Staat griff in vielfältiger Weise direkt und indirekt in die Wirtschaft ein; diese wirtschaftspolitischen Maßnahmen dienten vor allem einem politischen Zweck: die Macht des Staates zu befördern.<sup>19</sup> Die Staatsraison bestimmte also die Wirtschaftspolitik: „Man nennt diese die merkantilistische, weil ihr das Merkantile, die Förderung von Handel und Gewerbe, besonders wichtig war.“<sup>20</sup>

Die preußische Merkantilpolitik, die die Wirtschaftspolitik Brandenburg-Preußens zwischen ca. 1760 und 1800 entscheidend prägte und unter Friedrich II. (1740-1786) ihren Höhepunkt erlebte, zeichnete sich durch verschiedene Besonderheiten aus, vor allem natürlich durch ihre verhältnismäßig späte Entstehung und durch die Umsetzung unter ungünstigen Bedingungen (zerstreute Territorien, Mangel an Bodenschätzen, geringe Bevölkerungsdichte), aber auch durch unterschiedliche Ausformungen durch die jeweiligen Fürsten.

Der Große Kurfürst (1640-1688) orientierte sich zunächst stark am Vorbild Holland, um den trostlosen Zustand der Mark Brandenburg nach dem Dreißigjährigen Krieg zu

15 Adler, M. (1903): *Anfänge*, S. 57f. Vielleicht kann man die 1710 und 1713 in den Böhmisches Ländern gegründeten „Tuchfabriken“ und die 1723 ebendort errichtete „Baumwollfabrik“ von diesem negativen Diktum ausnehmen, vgl. ebd. 61.

16 Vgl. Pribram, K. (1992): *Geschichte*, VIII.

17 Üblicherweise unterscheidet die Literatur zwischen drei Phasen des Merkantilismus in Preußen: die Anfänge einer „Staatswirtschaft“ unter dem Großen Kurfürsten Friedrich Wilhelm I. und Kurfürst Friedrich III. (später König Friedrich I.) von 1640–1713, der Ausbau und Höhepunkt der Staatswirtschaft unter Friedrich Wilhelm I. und Friedrich II. zwischen 1713 und 1786 und schließlich eine allmähliche Umorientierung und Reform der Staatswirtschaft in der Regierungszeit Friedrich Wilhelm II. und des III. bis zur Krise des Staates Preußen 1806; vgl. Kaufhold, K.-H. (1994): *Preußische Staatswirtschaft – Konzept und Realität – 1640–1806*. JWG 1994, Nr. 2, S. 49–59 und diesem folgend in Hinblick auf die westlichen Territorien: Gorißen, S. (2002): *Vom Handelshaus zum Unternehmen. Sozialgeschichte der Firma Harkort im Zeitalter der Protoindustrie (1720–1820)*. Göttingen, 2002, S. 85–107; Rachel, H. (1931): *Das Berliner Wirtschaftsleben im Zeitalter des Frühkapitalismus*. Berlin, 1931: unterscheidet in Bezug auf die Berliner Verhältnisse vier Stufen landesherrschaftlicher Wirtschaftspolitik und bezeichnet die Epoche zwischen 1640 und 1810 als Merkantilismus; Hassinger, H. (1971): *Politische Kräfte und Wirtschaft 1350–1800*. In: *Handbuch der deutschen Wirtschafts- und Sozialgeschichte*. Bd. 1, Stuttgart, 1971, S. 618 unterscheidet für Preußen zwischen dem Frühmerkantilismus, dem Hoch- und dem Spätmerkantilismus; Rachel, H. (1927): *Der Merkantilismus in Brandenburg-Preußen*. Forschungen zur Brandenburgischen und Preußischen Geschichte, Bd. 4, 1927, S. 221–266 unterscheidet sogar fünf Phasen des preußischen Merkantilismus zwischen 1640 und 1810 mit einer Phase schärfster Ausprägung unter Friedrich II. nach Ende des Siebenjährigen Krieges 1763–1786, Büsch, O./Neugebauer, W. (Hg.) (1981): *Moderne Preußische Geschichte. 1648–1947. Eine Anthologie*. Bd. 2, Berlin, 1981, S. 952.

18 Zu den Problemen der Integration der heterogenen und z. T. zerstreut liegenden Brandenburg-Preußischen Landesteile: Dietrich, R. (1984): *Der preußische Staat und seine Landesteile in den politischen Testamenten der Hohenzollern*. In: Baumgart, P. (Hg.): *Expansion und Integration. Zur Eingliederung neugewonnener Gebiete in den preußischen Staat*. Köln, 1984, S. 1–31.

19 Vgl. ausführlich Kaufhold, K.-H. (1994): *Preußische Staatswirtschaft*, S. 34–48.

20 Rachel, H. (1931): *Das Berliner Wirtschaftsleben*, S. 3.

heben. Er verfolgte eine gezielte Einwanderungspolitik, nahm u.a. eine große Zahl protestantischer Flüchtlinge auf und verband damit die Hoffnung auf eine Wiederbelebung des darnieder liegenden Wollgewerbes sowie auf die Etablierung einer neuen Seidenindustrie. Trotz dieser ökonomischen Intention ruhte sein Hauptaugenmerk aber vornehmlich auf der Durchsetzung der Fürstenmacht gegenüber den widerstrebenden Ständen seiner heterogenen Territorien. Militärische und fiskalische Interessen dominierten daher seine Politik, wie z. B. in seinem politischen Testament von 1667 zum Ausdruck kommt.<sup>21</sup> Für eine erfolgreiche Entwicklung der Wirtschaft fehlte es in Preußen an allem<sup>22</sup>, so dass zunächst eine forcierte Peuplierungspolitik Menschen zur Ansiedlung, vor allem auf dem Lande, anlocken sollte. Französische, wallonische und andere Flüchtlinge folgten nach 1685 in Massen diesem Aufruf und förderten dann auch wirklich das Wirtschaftsleben in Berlin, Magdeburg oder Halle.<sup>23</sup>

Die gewerbepolitischen Maßnahmen beschränkten sich auf Ausfuhrverbote von Rohstoffen und die Gründung von Regalbetrieben. Darüber hinaus widmete sich der Kurfürst der Förderung von Manufakturen und Handelskompanien.<sup>24</sup> Auch verkehrspolitische und steuerpolitische Maßnahmen wurden ergriffen, so die Einführung einer städtischen Verbrauchssteuer (Akzise) im Jahre 1667. Auf dem Lande wurde jedoch weiterhin eine Kontribution, eine Art Grundsteuer, erhoben, so dass seitdem eine fiskalische Trennung von Stadt und Land bestand. Der Große Kurfürst hatte sich „nach dem Muster der westeuropäischen Staaten die gleichzeitige Förderung von Commerzien und Manufakturen zum Ziel“<sup>25</sup> gesetzt. Er betrieb als erster eine planmäßige Wirtschaftspolitik, die gleichzeitig eine Förderung von Handel und Gewerbe anstrebte. Schon gegen Ende seiner Regentschaft um 1680 deutet sich ein Systemwechsel an. Das vorherrschende, eher liberale holländische System mit einer vorrangigen Förderung privater Tätigkeiten wurde zurückgedrängt und stattdessen nahm die stärkere staatliche Lenkung und Bevormundung, sich eher am französischen Modell des Colbertismus orientierend, zu.<sup>26</sup> Diese Umorientierung sollte den preußischen Merkantilismus bis zu dessen Ende prägen, doch die damit verknüpften Hoffnungen des Großen Kurfürsten auf eine expansive gewerbliche Entwicklung erfüllten sich in seiner Regierungszeit nicht mehr.

Ähnliches gilt für seine Nachfolger, den Kurfürsten Friedrich III., ab 1701 König Friedrich I. (1688-1713), der im Wesentlichen den Auffassungen und Praktiken seines Vaters folgte.<sup>27</sup> Auch König Friedrich Wilhelm I. (1713-1740) schritt auf dem vorgezeichneten Weg des preußischen Merkantilismus weiter und führte das von seinem

---

21 Vgl. Dietrich, R. (1984): *Der preußische Staat*, S. 3–9.

22 Blaich, F. (1973): *Die Epoche*, S. 170 weist darauf hin, dass Brandenburg-Preußen im 17. Jahrhundert noch ein unterbevölkertes Agrarland war und trotzdem sich den merkantilistischen Zielen und Praktiken zuwandte.

23 Rachel, H. (1927): *Der Merkantilismus*, S. 953, 957.

24 Rachel, H. (1927): *Der Merkantilismus*, S. 955, Rachel nennt die Gründung einer Wollmanufaktur in Berlin (1678), einer Zuckersiederei (1680) sowie die Gründung der Afrikanischen Handelskompanie (1682) und eines Commerzien-Collegiums 1677 in Berlin.

25 Rachel, H. (1927): *Der Merkantilismus*, S. 958.

26 So Rachel, H. (1927): *Der Merkantilismus*, S. 959; vgl. auch Horrocks, J. W. (1925): *A Short History of Mercantilism*. London 1925, S. 144f.

27 Sein politisches Testament von 1698 übernimmt fast wörtlich die Passagen seines Vaters; vgl. Dietrich, R. (1984): *Der preußische Staat*, S. 88–94. Hervorzuheben ist das 1709 begonnene und unter seinem Nachfolger vollendete sogen. Retablissement, die Wiederingangsetzung des wirtschaftlichen Lebens im nördlichen Ostpreußen nach der dortigen Entvölkerung durch die Pest; vgl. Terveen, F. (1954): *Gesamtstaat und Retablissement. Der Wiederaufbau des nördlichen Ostpreußen unter Friedrich Wilhelm I. 1714–1740*. Göttingen, 1954.

Großvater begonnene Werk fort.<sup>28</sup> Subventionen für die Gewerbeproduktion, Ausfuhrverbote für Rohstoffe (besonders Rohwolle), und Einfuhrzölle auf Fertigprodukte (vor allem Wollwaren) bildeten weiterhin das Rückgrat der Handelspolitik. Darüber hinaus gründete er als gewerbefördernde Maßnahme das „Berliner Lagerhaus“, eine Art Staatsmanufaktur. Auch förderte man beispielsweise den Anbau von Maulbeerbäumen für die Zucht von Seidenraupen und suchte so eine brandenburgische Samt- und Seidenindustrie zu begründen, deren Erfolg jedoch zweifelhaft blieb.<sup>29</sup> Dagegen gelang die weitere Ansiedlung von Flüchtlingen, so 1732 von Protestanten aus Salzburg.<sup>30</sup>

Unter Friedrich Wilhelm I. prägte sich der preußische Merkantilismus in seiner ganzen Eigenart aus. Neben den z.T. mit drastischen Mitteln umgesetzten Maßnahmen der Gewerbe- und Handelspolitik sollten diese Vorstellungen auch wissenschaftlich fundiert werden, u.a. durch die Einrichtung kameralistischer Lehrstühle an der Universität Halle (1727) und dann in Frankfurt/Oder. Verwaltung und Volkswirtschaft sollten von Grund auf neu geregelt werden und Preußen sollte zu einem Musterland der „guten Polizey“ heranwachsen. Das Finanzsystem wurde neben dem Militär zur Grundlage des Staates.

Die Gewerbesteuergesetzgebung von 1732-35 trug durchaus zur Entfaltung eines inneren Marktes für Gewerbeprodukte bei. Doch alle Maßnahmen erwiesen sich als zwiespältig. Zwar verzichtete der Staat weitgehend auf Regiebetriebe und suchte durch die Besteuerung fremder Waren und durch Ausfuhrprämien (z.B. auf Tuche), die inländische private Gewerbetätigkeit zu fördern, doch fiskalische Rücksichten in der Zollpolitik und die Handelskriege mit den Nachbarstaaten sowie die Subventionierung ausgewählter Gründungen, wirkten sich negativ auf Wettbewerb und Wachstum aus.<sup>31</sup> Zudem war es langfristig verhängnisvoll, dass die Fördermaßnahmen sich lediglich auf die preußischen Kernprovinzen bezogen: Schlesien blieb seit 1740 eine nachgeordnete Provinz, Ostpreußen, erst 1780 einbezogen, und die westlichen Provinzen stellten bis ins 19. Jahrhundert handelspolitisch „Ausland“ dar.<sup>32</sup> Insbesondere das mangelnde Interesse am ökonomischen Potential der westlichen Provinzen, dem Bielefelder Leinen, der Krefelder Wolle, der Krefelder Seide und dem Märkischen Eisen, bedeutete im frühen 18. Jahrhundert ein Verzicht auf große ökonomische Ressourcen und auf ein langfristig tragfähigeres industrielles Entwicklungsmodell, das zeitgleich in England entwickelt, in Preußen hingegen noch weitgehend ignoriert wurde.<sup>33</sup>

Als Friedrich II. (1740-1786) die Regentschaft nach dem Tode seines Vaters übernahm, änderte sich zunächst wenig. Die Forschung stimmt darin überein, dass er an den merkantilistischen Ideen seines Vaters festhielt und deren Prinzipien später, insbesondere nach dem Ende des Siebenjährigen Krieges (1763), sogar noch rigoroser

---

28 Zögerliche Reformansätze insbesondere auf den königlichen Domänen blieben Stückwerk und scheiterten vor allem an fehlenden Voraussetzungen, was die geringe Produktivität und unzureichende finanzielle Leistungsfähigkeit der preußischen Landwirtschaft zu Beginn des 18. Jahrhunderts betraf; vgl. Harnisch, H. (1994): *Der preußische Absolutismus und die Bauer. Sozialkonservative Gesellschaftspolitik und Vorleistung zur Modernisierung*. JWG 1994, Nr. 2, S. 11–32, insbes. 14–17.

29 Vgl. Kisch, H. (1981): *Die hausindustriellen Textilgewerbe am Niederrhein vor der industriellen Revolution. Von der ursprünglichen zur kapitalistischen Akkumulation*. Göttingen, 1981, S. 71.

30 Blaich, F. (1973): *Die Epoche*, S. 171.

31 Zu den Widersprüchen Rachel, H. (1927): *Der Merkantilismus*, S. 965 und Blaich, F. (1973): *Die Epoche*, S. 174.

32 Hassinger, H. (1971): *Politische Kräfte*, S. 618; zu den westlichen Provinzen Gorißen, S. (2002): *Vom Handelshaus*.

33 Zu den Entwicklungspotentialen der westlichen Provinzen Wischermann, C. (1992): *Preußischer Staat und westfälische Unternehmen zwischen Spätmerkantilismus und Liberalismus*. Köln, 1992; Kisch, H. (1981): *Die hausindustriellen Textilgewerbe* und Gorißen, S. (2002): *Vom Handelshaus*.

verfolgte. Dadurch begründete er einen spezifischen friderizianischen Merkantilismus<sup>34</sup>, dessen Kern ein umfangreiches Entwicklungsprogramm mit einer entsprechenden Bevölkerungs-, Siedlungs-, Handels-, Agrar- und Gewerbepolitik darstellte. Als Ziel galt die weitgehende wirtschaftliche Autarkie des preußischen Staates. Diese Vorstellungen standen dem sich zeitgleich entfaltenden englischen Liberalismus diametral entgegen, so dass später kritisch gefolgert wurde, dass der „neue König bei der Behandlung wirtschaftlicher Angelegenheiten altväterlichen Maximen anhing, die damals längst passé waren“.<sup>35</sup>

Eine wesentliche und, wie sich später erweisen sollte, zukunftssträchtige Veränderung nahm der König jedoch sogleich nach Regierungsantritt vor. Er fügte dem Generaldirektorium in Berlin ein weiteres, das V. Department, hinzu, das sich dezidiert mit der Handels-, Verkehrs- und Wirtschaftspolitik befassen sollte.<sup>36</sup> Die Grundsätze seiner Politik hat Friedrich II. auch schriftlich niedergelegt, insbesondere in seinen großen Instruktionen (1748), in einer Denkschrift (1749) und in seinem Politischen Testament (1752).<sup>37</sup> Was die Arbeit des V. Departments anbetraf, so wurden dessen Aufgaben bereits 1740 mit der „Verbesserung der bestehenden Manufakturen nach Zahl und Qualität, Ansetzung neuer Gewerbebranche und Anwerbung ausländischer Fachkräfte hierfür“ umschrieben.<sup>38</sup>

Friedrichs Bemühungen um „Peuplierung“ waren allerdings nur von geringem Erfolg gekrönt. Seine Anwerbungen brachten insgesamt etwa 300.000 Kolonisten nach Preußen.<sup>39</sup> Es handelte sich überwiegend um Österreicher, Polen und Sachsen, die in ländlichen Siedlungen angesetzt wurden. Die Fortsetzung der bisherigen Politik der Habsburger war mit beachtlichen sozialen Kosten verbunden, denn ihre Maßnahmen fügten sich in eine Agrarpolitik ein, die neben einer Erhöhung der Agrarproduktion und der damit verbundenen Steigerung der fiskalischen Einnahmen vor allem eine Stabilisierung der überkommenen dualistisch geprägten ländlichen Agrarstruktur – beruhend auf Adel und Bauerntum – zum Ziele hatte.<sup>40</sup> Dem diente auch der Bauernschutz u.a. durch ein 1749 erlassenes Verbot des „Bauernlegens“, d.h. des Einziehens bäuerlicher Anwesen durch den Grundherrn und deren Eingliederung in die Gutswirtschaften.

Auch die Folgen der friderizianischen Handels- und Gewerbepolitik erwiesen sich als fragwürdig. Das Ziel bildete die weitgehende Autarkie: Was aus der Fremde bezogen wurde, sollte stattdessen selbst hergestellt werden. Ob man die Initiative den Privaten überlassen oder sich auch eigener Staatsunternehmen bedienen sollte, war von Anfang an umstritten. Der König hatte große Vorbehalte gegenüber staatlichen Betrieben: „Es ist kein sonderlicher Nutzen dabei, es verursacht nur ein Haufen Umstände und Kosten und am

---

34 Zum Begriff Hassinger, H. (1971): *Politische Kräfte*, S. 618 und auch Breil, H. (1977): *Friedrich August Alexander von Eversmann und die industriell technische Entwicklung vornehmlich in Preußen bis zum Ausgang der napoleonischen Ära*. Diss., Hamburg, 1977, S. 9.

35 Kisch, H. (1981): *Die hausindustriellen Textilgewerbe*, S. 71; vgl. auch Rachel, H. (1927): *Der Merkantilismus*, S. 966.

36 Genauer dazu Hubatsch, W. (1973): *Friedrich der Große und die preußische Verwaltung*. Köln, 1973, S. 53–66.

37 Zu diesen Quellen und den Fundorten, insbesondere in den Acta Borussica, Rachel, H. (1927): *Der Merkantilismus*, S. 967 sowie Dietrich, R. (1984): *Der preußische Staat*, S. 20-30; vgl. auch Hintze, O. (1967): *Das politische Testament Friedrich des Großen von 1752*. In: Hintze, O. (Hg.): *Regierung und Verwaltung. Gesammelte Abhandlungen zur Staats-, Rechts- und Sozialgeschichte Preußens*. Bd. 3, Göttingen, 1967, S. 429–447.

38 Zitiert nach Hubatsch, W. (1973): *Friedrich der Große*, S. 53.

39 Kaufhold, K.-H. (1990): *Friderizianische Agrar-, Siedlungs- und Bauernpolitik*. In: Baumgart, P. (Hg.): *Kontinuität und Wandel. Schlesien zwischen Österreich und Preußen*. Sigmaringen, 1990, S. 161-201; hier: S. 191.

40 Vgl. Kaufhold, K.-H. (1990): *Friderizianische Agrar-, Siedlungs- und Bauernpolitik*, S. 171. Dieses wird von Kaufhold als besonderer Erfolg der friderizianischen Politik gewürdigt; vgl. Kaufhold, K.-H. (1994): *Preußische Staatswirtschaft – Konzept und Realität – 1640-1806*. JWG 1994, Nr. 2, S. 70.

Ende kommt nichts damit heraus und man hat nur Schaden davon. Manufaktur Sachen reussieren niemahlen bei einer Administration.“<sup>41</sup>

Dies galt, obwohl „alle Mittel der Protektion und Förderung“ angewandt werden sollten, um Gewerbe und Industrie hochzubringen.<sup>42</sup> Besonders gut zeigt sich die fördernde Gewerbepolitik im Bereich der Textilproduktion durch das Einfuhrverbot für fremde Baumwollstoffe (Kattune), die ein Baumwollgewerbe nahezu ohne weitere staatliche Unterstützung entstehen ließ. Allerdings waren die fabrizierten Produkte schlechter und teurer als diejenigen des Auslandes und daher langfristig nicht konkurrenz- und überlebensfähig. Neben den Einfuhrverboten spielte auch die Ansiedlung Brabanter Kattun-Fabrikanten und die Breitstellung von Spinnmaschinen eine Rolle.<sup>43</sup>

Einen besonderen Schwerpunkt merkantilistischer Gewerbeförderung durch Friedrich II. bildete die „Seidenmanufaktur“.<sup>44</sup> Auch dieser Gewerbebezweig erzeugte lediglich Produkte mit schlechter Qualität und hohen Preisen. Das Reglement von 1766 bestätigte die korporativen, bürokratisch gegängelten Strukturen der Berliner Seidenindustrie<sup>45</sup> und brachte ökonomisch die „schlechteste aller möglichen Welten“<sup>46</sup> zustande, nämlich hohe Kosten, unzureichende Qualitäten und verzögerte technische Anpassungen. Der kurze Aufschwung der 1770er Jahre brachte keine durchgreifende Verbesserung, wie die schwere Krise der Seidenindustrie nach 1785 belegt.<sup>47</sup> Friedrich II. hat zwar „keinen Industriezweig so gefördert wie diesen“<sup>48</sup> – doch alles vergeblich!

Die relativ erfolgreichen Maßnahmen der Gewerbeförderung des friderizianischen Merkantilismus waren dennoch von eher geringer wirtschaftlicher Bedeutung.<sup>49</sup> Die 1761 angeregte private Gründung einer Porzellanmanufaktur musste 1763 mangels Erfolg durch den Staat übernommen werden. Die Glasproduktion erwies sich trotz ihrer Monopolstellung (Böhmisches Glas durfte nicht eingeführt werden) als zu teuer. Eine Pulverfabrik in Berlin und mehrere Eisenwerke (Schadow bei Storkow, Gottow im Amt Zinna, Torgelow in Pommern und Vietz bei Küstrin) dienten allein der Versorgung der Armee mit Rüstungsgütern.<sup>50</sup> Ob die Steinkohlenförderung tatsächlich „dem König von der gesamten Montanindustrie in seinen Ländern am wichtigsten“<sup>51</sup> erschien, wie Walter Hubatsch behauptet, erscheint zweifelhaft. Weder in der Grafschaft Mark<sup>52</sup> noch in Schlesien förderte der preußische Staat die Produktion und Verbreitung dieses Energieträgers. Größere Aufmerksamkeit wurde allerdings dem Salinenwesen geschenkt. Neben eher bescheidenen Erfolgen waren „schwere Rückschläge wegen Fehlinvestitionen“ zu verzeichnen (Manchesterfabrik bei Schloss Monbijou, Uhrenfabrik in Berlin und Friedrichsthal, Barchent-Manufaktur in Brandenburg, Stahlwarenfabrik in

---

41 Bericht an den Königlichen Staats-Minister van der Heydt [gez. Wohlers], Berlin, den 16ten August 1849, GStA PK I Rep. 121, A XIX 2, Nr. 1, Bl. 132.

42 Rachel, H. (1927): *Der Merkantilismus*, S. 968f.

43 Hubatsch, W. (1973): *Friedrich der Große*, S. 55.

44 Vgl. Kisch, H. (1981): *Die hausindustriellen Textilgewerbe*, S. 78–87.

45 Vgl. Rosenberg, H. (1958): *Bureaucracy, Aristocracy and Autocracy. The Prussian Experience 1660-1815*. Cambridge, Mass., 1958, S. 40ff.

46 Kisch, H. (1981): *Die hausindustriellen Textilgewerbe*, S. 84.

47 Daten zur Entwicklung finden sich in den Acta Borussica: Denkmäler der preußischen Staatsverwaltung im 18. Jahrhundert. Seidenindustrie, 3 Bde., Berlin 1892, Bd. 3, Kap. 10, zitiert nach: Kisch, H. (1981): *Die hausindustriellen Textilgewerbe*, S. 85.

48 Hubatsch, W. (1973): *Friedrich der Große*, S. 61.

49 Zum folgenden ders., S. 62–66.

50 Dies gilt ebenso für die beiden Gründungen in Oberschlesien (Malapane und Kreuzburg), vgl. unten.

51 Hubatsch, W. (1973): *Friedrich der Große*, S. 65.

52 Fessner (1998): *Steinkohle*, 293, zeigt, dass bis 1780 ein Exportzoll auf Kohle den Absatz nach Holland entscheidend behinderte.

Eberswalde, Papierfabrik in Spechthausen nahe Eberswalde, Lackfabrik in Berlin und Türkisch-Garn-Färberei bei Kaputh, Potsdam).<sup>53</sup> Alle Projekte verschlangen enorme staatliche Mittel, ohne dass man damit langfristige Erfolge erzielte.

Der Staat hatte sich in jener Zeit in zahlreiche gewerbliche Unternehmungen verstrickt, und das V. Department des Generaldirektoriums war dabei lediglich ein ausführendes Organ für die Ideen und Initiativen des Königs, keinesfalls aber ein bewegliches Instrument der Wirtschaftspolitik. Ein einziges Mal kam im Generaldirektorium eine freimütige Kritik gegen den schroffen Protektionismus des Königs auf.<sup>54</sup> Großkanzler von Jariges hatte im Jahre 1756 eine Untersuchung der Ursachen der Wirtschaftskrise angeregt und Finanzrat Ursinus aus der Leitung des V. Departments des Generaldirektoriums sowie Fabrikdirektor Chamony mit der Erstellung eines entsprechenden Berichts beauftragt.<sup>55</sup> Dieser Bericht, der die herrschende Wirtschaftspolitik einer fundamentalen Kritik unterzog, wurde am 1. Oktober 1756 vorgelegt und durch Minister von Hagen (in einem Begleitbrief) sowie weitere Mitglieder des V. Departments unterstützt. Der Bericht verwarf insbesondere die protektionistische Seidenpolitik, ein Lieblingsprojekt des Königs, er konstatierte eine negative Wirkung der Münz- und Währungspolitik (Kostensteigerungen und Teuerung) und erachtete die Zollpolitik als eine Behinderung für effektive Produktion. Der unbelehrbare König bezeichnete Ursinus als eine „corrupte Canaille“ und ließ ihn wegen vorgeblicher Korruption in Spandau in Haft setzen; auch Minister von Hagen fiel später in Ungnade.<sup>56</sup>

Selbst wenn man, wie Karl-Heinrich Kaufhold, in der Herstellung einer positiven Zahlungsbilanz, der Anhäufung eines Staatsschatzes und der Stabilisierung der bestehenden Sozialstruktur einen „Erfolg“ des friderizianischen Merkantilismus sieht<sup>57</sup> und die weitreichenden Ziele der preußischen Staatswirtschaft außer Acht lässt, muss man diesen „Erfolg“ relativieren. Denn die positive Handelsbilanz ergab sich vor allem aus der Annexion Schlesiens und weniger aus dem Ausbau des Fabrikensystems. Die Anhäufung eines Staatsschatzes führte zur Reduzierung der umlaufenden Geldmenge und damit zu deflationären rezessiven Tendenzen in der Wirtschaft.<sup>58</sup> Die Stabilisierung einer rückständigen Sozialstruktur als „Erfolg“ zu bewerten, bedarf zusätzlicher Begründungen. Es erscheint vor diesem Hintergrund als bemerkenswert wohlwollend, das Ergebnis der preußischen Staatswirtschaft als uneinheitlich und widersprüchlich zu klassifizieren<sup>59</sup> und das Handeln des Königs als „rational“; zumal Kaufhold zugleich konstatiert, dass die ökonomische Entwicklung Preußens zweifellos eine „Behinderung durch Friedrichs Gesellschaftspolitik“ erfahren habe.<sup>60</sup>

---

53 Hubatsch, W. (1973): *Friedrich der Große*, S. 66; und Rachel, H. (1927): *Der Merkantilismus*, S. 980.

54 Vgl. zum sogen. Ursinus Bericht vom 1. Oktober 1766 Kisch, H. (1981): *Die hausindustriellen Textilgewerbe*, S. 82f. und Rachel, H. (1927): *Der Merkantilismus*, S. 989.

55 Vgl. Treue, W. (1984): *Wirtschafts- und Technikgeschichte*. Berlin, 1984, S. 107f. und Mittenzwei, I. (1979): *Preußen nach dem siebenjährigen Krieg. Auseinandersetzungen zwischen Bürgertum und Staat um die Wirtschaftspolitik*. Berlin, 1979, S. 39ff.

56 Rachel, H. (1927): *Der Merkantilismus*, S. 989.

57 Kaufhold, K.-H. (1994): *Preußische Staatswirtschaft*, S. 57f.

58 Vgl. Henning, F. W. (1974): *Die preußische Thesaurierungspolitik im 18. Jahrhundert*. In: Bog, I. u. a. (Hg.): *Wirtschaftliche und soziale Strukturen im säkularen Wandel. Festschrift für Wilhelm Abel zum 70. Geburtstag*. Bd. 2, Hannover, 1974, S. 399–416.

59 Kaufhold, K.-H. (1994): *Preußische Staatswirtschaft*, S. 61, 66.

60 Ders., S. 70.

Natürlich erschöpft sich die Beurteilung Friedrich II. nicht in seiner Wirtschaftspolitik; zu vielgestaltig ist diese Person,<sup>61</sup> deren Verdienste für Preußen gewiss eher im Bereich der Politik als in dem der Wirtschaft zu suchen sind. Eine besondere ökonomische Bildung hatte er in seiner Kronprinzenzeit gewiss nicht genossen.<sup>62</sup> Auch während seiner Tätigkeit in der Kriegs- und Domänenkammer in Küstrum 1730/31, wo er „von morgens bis abends in ökonomischen Sachen zu arbeiten und dabei Rechnungen entgegenzunehmen, Akten zu studieren und Exzerpte anzufertigen“<sup>63</sup> hatte, war er vor allem mit Routineaufgaben betraut und erhielt offenbar keine weitergehende theoretische Unterweisung.<sup>64</sup> Der vom Vater verfügte „Generalplan“ zur Erziehung des Prinzen gab strikte Anweisungen: „mit ihm [soll] nichts gesprochen werden, als vom Göttlichen Wort, von der Ökonomie, von der Landes Verfassung, von Manufacturen, Policei Sachen, Bestellung des Landes, Abnahmen der Rechnungen, Raisonnements über Pachtungen, im gleichen von Proceß-Ordnungen und auf was Weise die Rendanten die Gelder tractiren und die Rechnungen führen sollen.“<sup>65</sup> In seinem Bericht an den König gab der Geheime Rat Wolden am 2. Oktober 1731 Auskunft über die Erziehungsbemühungen mit dem Hinweis, dass es dem Prinzen gelungen sei „eine richtige Vorstellung von sehr vielen Dingen zu gewinnen, von denen er vorher keine Ahnung hatte.“<sup>66</sup> Doch bleibt unklar um welche Dinge es sich dabei handelte. Sein Vorgesetzter, Kammerdirektor Hille, war skeptischer, er sah „die Bewunderung Friedrichs für alles Französische“ kritisch, die „Deutschen kennt er so gut wie gar nicht“, und er schien „mit vielen Bereichen des einmal zu übernehmenden Herrscheramtes noch keineswegs vertraut.“<sup>67</sup> Die Kenntnis der Angelegenheiten des rückständigen Agrarstaats Preußen erschienen allerdings für die Regierungsaufgabe wichtiger als die französischen Verhältnisse. Und Friedrich war für seine Herrschaft wohl schlecht vorbereitet, insbesondere was die ökonomische Entwicklung Preußens betraf.<sup>68</sup> Mit ökonomischen Fragestellungen hat er sich vermutlich erstmals in seiner Regierungszeit zwischen 1746 und 1748 befaßt.<sup>69</sup> Bis ins hohe Alter hielt Friedrich starr und doktrinär an seinen merkantilistischen Anschauungen fest.<sup>70</sup>

Man kann Johannes Kunisch nur zustimmen, der Friedrich II als einen „auf die französische Klassik fixierten Eklektiker und Traditionalisten“ bezeichnet, der den „tiefgreifenden Stil- und Bewusstseinswandel vor allem der 1770er und 1780er Jahre nicht mehr erfasste“.<sup>71</sup> Dies war genau die Zeit, als sich in England eine neue Ökonomie zu entfalten begann und in einigen Regionen des Kontinents sowie auch in einzelnen deutschen Territorien ein wirtschaftlicher Wandel abzeichnete. Friedrich der Große

---

61 Kunisch, J. (2004): *Friedrich der Große. Der König und seine Zeit*. München, 2004.

62 Ausführlich zur Erziehung und Bildung des Kronprinzen Kunisch, J. (2004): *Friedrich der Große*, S. 4–18 und Born, K. E. (1979): *Wirtschaft und Gesellschaft im Denken Friedrich des Großen*. Mainz, 1979, S. 12.

63 So behauptet Kunisch, J. (2004): *Friedrich der Große*, S. 45.

64 Darauf weisen auch die zur Betreuung und Unterweisung des Kronprinzen bestellten Personen hin, zu denen der Geheime Rat Heinrich von Wolden und die beiden Kammerjunker Karl Dubilav von Natzmer und Wilhelm von Rohwedell zählten.

65 Heinrichs, C. (1936): *Der Kronprozeß. Friedrich und Katte*. Hamburg, 1936, S. 171/172, zitiert nach Kunisch, J. (2004): *Friedrich der Große*, S. 46.

66 Kunisch, J. (2004): *Friedrich der Große*, S. 55.

67 Alle Zitate Kunisch, J. (2004): *Friedrich der Große*, S. 55, 77 und Naudé, W. (1903): *Die merkantilistische Wirtschaftspolitik Friedrich Wilhelm I. und der Küstriner Kammerdirektor Hille*. HZ 90, 1903, S. 1–55.

68 So Kunisch, J. (2004): *Friedrich der Große*, S. 71.

69 Vgl. Koser, R. (1912): *Geschichte Friedrichs des Großen*. Stuttgart, 1912, Bd. II, S. 158. Er las einige Autoren der Zeit, die eher dem Physiokratismus als dem Merkantilismus zuzurechnen waren. Die Arbeit Adam Smith blieb ihm jedenfalls bis an sein Lebensende unbekannt, so Born, K. E. (1979): *Wirtschaft*, S. 16.

70 Kunisch, J. (2004): *Friedrich der Große*, S. 106, 136 und 150–154.

71 Ders., S. 545.

ignorierte diese Entwicklung, er blieb ein „typischer Vertreter des anciens régime.“<sup>72</sup> Er vermochte zwar, „grundlegende Reformansätze seiner Zeit in Bereichen wie der Staatslehre oder des Justizwesens, des literarischen Diskurs oder der Kriegswissenschaften wie kein anderer theoretisch zu erfassen und praktisch umzusetzen“<sup>73</sup>, aber nicht in der Ökonomie. Kisch bewertet den friderizianischen Merkantilismus als „in der Theorie und vor allem in der Praxis falsch, schädlich und undurchführbar“.<sup>74</sup>

Auch eine der letzten merkantilistisch begründeten Maßnahmen unter Friedrich II. war wenig erfolgreich: die Einführung der „französischen Regie“ im Jahre 1766. Die Akzise- und Zollgeschäfte wurden von den preußischen Kammer- und Steuerräten nach Meinung des Königs bis dahin nur unzureichend wahrgenommen. Deshalb beschloss er, die Verwaltung der indirekten Steuern und der Zölle einer Regie zu übertragen und damit Franzosen zu beauftragen. Einige hundert französische Beamte nahmen daraufhin die Arbeit auf. Man erhoffte sich durch eine effiziente Finanzverwaltung einen Mehrertrag von jährlich 2 Mio. Talern. Zwischen 1766 und 1786 wurden tatsächlich 42 Mio. Taler Mehreinnahmen erzielt, die allerdings zu mehr als 40 Mio. auf Tarifierhöhungen und Zusatzsteuern basierten. Hugo Rachel schlussfolgerte, dass „die äußerst gehässige, kostspielige, demoralisierende, dem Handel und Wandel höchst schädliche Einrichtung der französischen Regie den erwarteten großen Nutzen für die Staatsfinanzen nicht gebracht“ habe.<sup>75</sup>

Ähnlich wie die Steuerpolitik ist der gesamte friderizianische Merkantilismus zu bewerten, der selbst den eigenen Zielen und Ansprüchen nicht gerecht wurde und noch viel weniger einen Weg in die Zukunft weisen konnte. Mit dem Tod des Königs (1786) brach das System dann auch schnell zusammen. Die Monopole wurden beseitigt, das Zollwesen reformiert und die verhasste Regie sofort abgeschafft – ein neues, liberaleres System konnte sich jedoch erst nach den Reformen nach 1806 gänzlich durchsetzen.<sup>76</sup> Auch finanziell war die friderizianische Politik für den Staatshaushalt wenig erfolgreich: Die Gesamtausgaben für die Gewerbeförderung zwischen 1740 und 1786 werden auf 2,775 Mio. Taler geschätzt, davon allein zwei Drittel (ca. 1,84 Mio.) für die erfolglose Seidenindustrie. Es wundert nicht, dass am Ende auch der König resignierte. Die Maßnahmen waren insgesamt fehlgeleitet, richteten sich auf die falschen Objekte am falschen Ort. Zukunftsmächtiger erwies sich ein Gegenbild zur friderizianischen Merkantilpolitik, charakterisiert durch ein liberales Handels- und Gewerbesystem, aufbauend auf neuen Produkten und Verfahren und angesiedelt nicht in den Kern-, sondern in den Randregionen des preußischen Staates.<sup>77</sup>

---

72 Ders., S. 545, dies gilt sogar auch für seinen Baustil, vgl. ebd., 261.

73 Kunisch, J. (2004): *Friedrich der Große*, S. 546.

74 Kisch, H. (1981): *Die hausindustriellen Textilgewerbe*, S. 82.

75 Rachel, H. (1927): *Der Merkantilismus*, S. 977.

76 Auch die Rigaer Denkschrift Hardenbergs aus dem Jahre 1807 beinhaltet eine scharfe Verurteilung des friderizianischen Merkantilismus; sie wurde wie die Nassauer Denkschrift des Freiherrn vom Stein zur Basis der preußischen Reformpolitik.

77 Verhängnisvoll erwies sich, dass die preußische Merkantilpolitik die westlichen Provinzen eher als Ausland und Schlesien eher als Kolonie betrachtete.

## **Ideje a úspěchy státní politiky merkantilismu v Německu v 17. a 18. století**

*Toni Pierenkemper*

### **Abstrakt**

Studie se zabývá teorií a praxí merkantilismu v Prusku v éře Fridricha II. V úvodu autor upozornil na problematičnost užívaného pojmu merkantilismus, který nepředstavoval ani ucelený hospodářský systém ani hospodářskou teorii, ale jednalo se o umělý konstrukt liberálních ekonomických teoretiků z přelomu 17. a 18. století. Tato nejednoznačnost umožnila vytvoření různých merkantilistických škol a přístupů, které se shodly jen na silné pozici státu v hospodářské oblasti. Velký prostor autor věnuje provádění merkantilistické politiky v období vlády Fridricha II. Potvrzuje hypotézu, že Fridrich II. v mnohém jen navázal na své předchůdce a nesáhl k nějaké zásadní změně státní politiky. Navíc dlouholetá fascinace Fridricha II. francouzským dvorem se podepsala také na postupném hospodářském zaostávání Pruska za vyspělými evropskými státy. To byl jeden z hlavních důvodů, proč autor hodnotí hospodářskou politiku Fridricha II. jako neúspěšnou.

## **Ideas and Achievements of the State Policy of Mercantilism in Germany During the 17th and 18th Centuries**

### **Abstract**

The study deals with the theory and praxis of mercantilism in Prussia during the era of Frederic II. At the beginning the author drew the attention to the definition of the term mercantilism which represented neither comprehensive economic system nor economic theory but artificial construct of the liberal economic theoreticians at the break of the 17th and 18th centuries. This ambiguity enabled creation of the different mercantilist schools and approaches agreeing only on the strong position of the state in economic sphere. The attention is set to the practising of the mercantilist policy during government of Frederic II. The author confirms the hypothesis that Frederic II in many respects continued in the policy of his predecessor and he did not come up to the fundamental change of the state policy. Moreover his long-time persistence in outmoded concepts was one of the reasons why Prussia got economically behind the advanced European states. This is also one of the main reasons why the author assesses the economic policy of Frederic II as unsuccessful.